

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Mali

Datum: 08. Juli 2015

Zukunft ungewiss

Am 27. Juni 2015 kam es im Süden Malis, nahe der Grenze zu Côte d'Ivoire, in den Städten Fakola und Nara zu schweren Gefechten zwischen malischen Regierungssoldaten und islamistischen Kämpfern. Dabei kamen, laut Regierungsangaben, drei Soldaten und neun Angreifer ums Leben. Wenige Tage später bekannte sich Iyad Ag Ghaly, der Anführer der salafistischen Terrororganisation Ansar Dine, in einer Videobotschaft zu den Angriffen. Darin drohte er den unmittelbaren Nachbarstaaten Mauretanien und Côte d'Ivoire mit weiteren Anschlägen und bezeichnete sie wegen ihres Bündnisses mit Frankreich als „Feinde des Islams“.

Diese Vorfälle verdeutlichen einmal mehr, dass die instabile Sicherheitslage des Landes keineswegs auf die Gebiete nördlich des 14. Breitengrades beschränkt ist, sondern das gesamte malische Staatsgebiet umfasst. Der vorliegende Bericht geht einerseits auf die militärische und politische Situation Malis ein, andererseits erläutert er regionale und internationale Lösungsansätze für die Krise des Landes und der gesamten Region. Dabei wird das Thema nicht als partielles malisches Problem behandelt, sondern auch im Hinblick auf seine regionalen und kontinentalen Auswirkungen.

Trotz weit verbreiteter Skepsis hat das lang erwartete und am 20. Juni 2015 geschlossene Abkommen zwischen der Zentralverwaltung in Bamako und verschiedenen Tuareg-Gruppen des Azawad den leisen Optimismus einer allmählichen Befriedung des Landes oder gar einer nationalen Versöhnung aufkommen lassen. Dieser hauptsächlich durch die Vermittlung Algeriens zustande gekommene und auf internationaler Ebene positiv optimistisch bewertete Vertrag sieht eine stärkere autonome Verwaltung der nördlichen Azawad-Region vor, bei gleichzeitiger Anerkennung der Zentralgewalt in Bamako. Insbesondere die fehlende Beteiligung bedeutender Tuareg-Verbände und die

Bedrohung durch verschiedene radikalislamische Organisationen werfen ihre Schatten auf das Übereinkommen. Zudem beinhaltet der Vertrag die Einrichtung von malischen Militärbasen im Norden des Landes, vor allem in der Tuareg-Hochburg Kidal. Das dürfte für weitere Spannungen sorgen. Die militärische und politische Zukunft der ehemaligen französischen Kolonie in der Sahelzone bleibt ungewiss.

Der Konflikt zwischen den Tuareg und der zentralen Verwaltung ist kein Novum in Mali. Bereits die französische Kolonialmacht traf 1917 auf den erbitterten Widerstand dieses Hirtenvolkes, das sich gegen Hungersnöte und den Verlust seiner kulturellen Werte zu Wehr setzte. Trotz zum Teil verheerender und verlustreicher Niederlagen erwiesen sich die Tuareg als eine exzellent organisierte Partisanentruppe. Während der 1940er Jahre begannen die Franzosen die Tuareg verstärkt in die Verwaltung von Französisch-Westafrika einzubeziehen. Im Jahr 1958 erfolgte auf Initiative von Charles de Gaulle und lokaler Eliten der Dekolonialisierungsprozess in ganz Westafrika. Spätestens seit der Unabhängigkeit zeigt sich der malische Staat als artifizierlicher Zusammenschluss von sesshaften afrikanischen Bevölkerungsgruppen im Süden und arabisch-berberisch geprägten Nomadenvölkern im Norden. Bis in die 1990er Jahre hinein war die junge malische Republik von politischen Krisen in Abständen von zehn Jahren geprägt, die unter anderem als Flüchtlingsströme auch auf die Nachbarstaaten Malis übergriffen.

Die jüngste Krise in Mali unterscheidet sich grundlegend von den vorhergehenden. In Folge der Revolution in Libyen im Jahr 2011 entstand ein Machtvakuum an der Südseite des Mittelmeeres, das sich entscheidend auf die ungelöste Tuareg-Frage in Mali auswirkte. Durch den Sturz von Muammar al-Gaddafi in Libyen sahen die Tuareg ihre einstigen Privilegien bedroht und ihr Wunsch nach einem eigenen Staat innerhalb der traditionellen Siedlungsgebiete wuchs. Verschiedene teilweise islamistische Gruppen, aus libyschen Arsenalen bewaffnet, drangen in großer Zahl in das malische Staatsgebiet ein. Innerhalb von drei Monaten brachten sie den gesamten Norden des Landes unter ihre Kontrolle und riefen gemeinsam mit den säkular eingestellten Tuareg der MNL (Mouvement nationale pour la libération de l'Azawad) den unabhängigen Staat Azawad aus. Die schlecht ausgebildete und ausgerüstete malische Armee hatte dem Ansturm nichts entgegenzusetzen. Sie entschied sich in einem Akt politischer Verzweiflung, den bisherigen Präsidenten Amadou Touré zu stürzen. Dieser Staatsstreich führte zunächst zu einer internationalen Isolation der nachfolgenden Militärjunta durch den UN-Sicherheitsrat, die EU und die Afrikanische Union sowie die vorübergehende Kürzung aller Entwicklungshilfen. Die internationale Sichtweise änderte sich durch die Veröffentlichung von schweren Menschenrechtsverletzungen sowie die

Zerstörung von Kulturgütern und Unesco-Welterbestätten in Timbuktu und Gao. Innerhalb kurzer Zeit rissen islamisch-fundamentalistische Gruppen wie Ansar Dine (Unterstützer des Glaubens), AQMI (Al-Qaida im islamischen Maghreb) und MIA (Mouvement islamique de l'Azawad) die Macht im Azawad an sich und etablierten eine rigorose Scharia-Gesetzgebung. In Abstimmung mit der malischen Regierung eroberte die französische Armee in der Opération Serval die wichtigsten Städte des Nordens und übergab sie wieder der malischen Verwaltung.

Trotz der erfolgreichen französischen Intervention, die für Mali und die Sahelregion bis in den für Frankreich strategisch wichtigen Senegal (Militärbasen, Drehkreuz) eine relative Stabilisierung gebracht hat, könnte sich die Zukunft dieser Mission im Hinblick auf die nachhaltige Stabilisierung der Republik Mali als ungleich schwieriger erweisen. Im August 2014 ging die Operation Serval in die Operation Barkhane über. Das Kontingent von 5.100 Soldaten wurde auf 3.000 verringert. Die UN sowie die Afrikanische Union schickten weitere Soldaten in den Norden des Landes. Diese Mission erweist sich als schwierig: Erst kürzlich wurden sechs Blauhelmsoldaten aus Burkina Faso im Norden des Landes erschossen. Als Täter vermutet man islamistische Rebellen.

Mongi Hamdi, der Chef der Vereinten Nationen in Mali, räumt in einem Interview mit dem Magazin Jeune Afrique¹ ein, dass die malische Regierung im Norden des Landes noch nicht einmal die Kontrolle über ihre eigenen Milizen habe. Statt zu einer Befriedung des Konflikts beizutragen, stellten die sogenannten loyalen Milizen wie Gatia einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor dar. Diese Miliz, die sich der Stadt Menaka im Norden bemächtigt habe, könnte offenbar derzeit von niemandem kontrolliert werden. In Paris sollte bedacht werden, dass ein zu langes Festhalten an diesem Militäreinsatz nicht nur die eigenen Soldaten gefährdete, sondern auch ein weiteres Mal die Unfähigkeit der Vereinten Nationen zur Konfliktlösung unter Beweis stellen könnte. Angesichts der Schwäche der malischen Armee wegen ihrer unzureichenden Ausrüstung, mangelnden Ausbildung und dem Fehlen einer landesweiten Wehrpflicht, sollten die Europäische Union und die europäischen Länder besonders diese Bereiche fördern. Bei den Tuareg bleibe zu hoffen, dass sich die gemäßigten und kooperativen Kräfte durchsetzen. Die Schwäche der fundamentalistischen Bewegungen bestehe – ähnlich wie in fast allen anderen arabischen und islamischen Ländern – in ihrer Spaltung, „fitna“ auf Arabisch.

¹ Jeune Afrique, Ausgabe 2842, 28. Juni-04.Juli 2015.
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Hintergrundbericht_Mali_08. Juli 2015

Trotz der erwähnten Probleme und Ungewissheiten gibt es eine Reihe von Initiativen wie etwa die G5 Sahel², die in der medialen Berichterstattung bislang kaum Beachtung finden. Dieser Zusammenschluss von Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad zielt ab auf die schrittweise Beseitigung von Armut, Unterentwicklung, mangelnder Bildung, schlechter medizinischer Versorgung sowie auf die Bekämpfung der Auswirkungen von Dürren und Hungersnöten. Diese Maßnahmen hängen eng mit der sicherheitspolitischen Lage in der gesamten Sahelzone zusammen, da die genannten Probleme zu den wesentlichen Gründen zählen, weshalb insbesondere junge Menschen sich extremistischen und kriminellen Organisationen anschließen. Neben islamistischen Bewegungen wie Boko Haram oder AQMI sorgen der Transport von Kokain (bis zu 125 Tonnen jährlich) und Haschisch nach Europa sowie der Handel von Waffen und Menschen in der Region für Unsicherheit. In diesem Zusammenhang gibt es Planungen der internationalen Gemeinschaft, um in umfangreichen Investitionsprogrammen mit mehr als 11 Milliarden Euro Sicherheit, Good Governance, Infrastruktur und Krisenprävention zu fördern. Im Bereich der Sicherheit sind Investitionen zur Grenzsicherung und für den Aufbau von weiteren Militär- und Polizeibasen geplant. Ferner sollen die militärische Infrastruktur verbessert und Spezialkommandos für die Terrorismusbekämpfung ausgebildet werden. Zu Aufklärungszwecken sollen Drohnen verwendet werden. Bei Good Governance stehen die Förderung von Wahlprozessen vor allem auf regionaler Ebene, die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien und Dezentralisierung im Vordergrund. Generell soll die technische Ausstattung auf allen Gebieten verbessert und Frauen sollen stärker in die politischen Prozesse eingebunden werden. Bei der Infrastruktur steht der Ausbau des Eisenbahnnetzes an erster Stelle mit einer Eisenbahnlinie von Ouagadougou nach Niamey und einer weiteren von Nouakchott nach Kayes. Für eine effektivere Verkehrsverbindung zwischen den Staaten soll die Spurweite vereinheitlicht werden.

Das Straßennetz soll vor allem in Mali verbessert werden. Auch für den Tschad und Burkina Faso gibt es konkrete Projekte. Wichtig ist auch die Förderung von Telekommunikation und Energieversorgung.

Angesichts der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von klimatischen Bedingungen soll der Umweltschutz stärker beachtet und die Wasserkraft des Nigers zur Energieerzeugung genutzt werden. Für die Umsetzung der genannten Maßnahmen soll mit der EU kooperiert werden. Im Gegenzug verspricht man der EU eine Verbesserung der Sicherheitslage und eine verstärkte Kontrolle der Flüchtlingsströme nach Europa.

² G5 Sahel, Konferenzen von Nouakchott am 03. April und Niamey am 14. Mai; protokolliert als „G5 Sahel – création, evolution et perspectives“, 17. Juni 2015.
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Hintergrundbericht_Mali_08. Juli 2015

Die Ursachen für den Konflikt in Mali sind komplex und keinesfalls ausschließlich auf das malische Territorium beschränkt. Sie haben historische, ethnische, religiöse und politische Ursachen. Entscheidend dürfte die jahrzehntelange Vernachlässigung der strukturellen Entwicklung der nomadischen Bevölkerungsgruppen sein. Hinzu kommt die extreme Fragilität der zentralistisch ausgerichteten Länder der Sahelzone, in denen rechtsstaatlich ausgerichtete Verwaltungsstrukturen noch immer die Ausnahme sind. Darüber hinaus neigen politische Eliten dazu, den persönlichen Profit dem Gemeinwohl vorzuziehen. Vor diesem Hintergrund erscheinen die hier beschriebenen Initiativen sehr ambitioniert. Im Grunde sind sich alle Akteure einig über die Ursachen der gegenwärtigen Situation. Die internationale Gemeinschaft hat daher auch ihr grundsätzliches Einverständnis für ein umfangreiches Investitionsprogramm bekundet.

Das Problem besteht weiterhin darin, dass es trotz Deklarationen und Willensäußerungen, speziell für Mali, wenig Konkretes zu berichten gibt. Daher ist derzeit nicht davon auszugehen, dass mittelfristig eine Verbesserung der Sicherheitslage in Mali und der Sahelzone eintreten wird. Ebenso besteht die Gefahr, sich etwa im Rahmen der G5 Sahel durch überambitionierte Programme auf Nebenkriegsschauplätze zu verlagern.

In Westafrika ist die Hanns-Seidel-Stiftung in Benin, Burkina Faso, Ghana, Niger, Mali und Togo aktiv. Ihre Arbeit zielt auf „Gute Regierungsführung“, mit den Schwerpunkten Stärkung der Zivilgesellschaft, Förderung der Rechtsstaatlichkeit sowie krisenpräventiver Projekte.

In Mali erfolgt die Umsetzung über ein von der EU mitfinanziertes Projekt im Rahmen des APRM/MAEP-Prozesses³⁴. Regionale Projektansätze unterstützen zunehmend und ergänzend den Austausch unter den Projektländern und das Lernen voneinander mit Beispielen. Damit sollen die Konsolidierung des demokratischen Rechtsstaates und des Gemeinwesens vorangebracht und die Dezentralisierung in der Region Westafrika gefördert werden. Grenzübergreifende Ansätze sollen diese Prozesse zwischen den Projektländern verstärken.

³ <http://www.hss.de/westafrika/en/our-work-in-west-africa/african-peer-review-mechanism-aprm.html>

⁴ <http://aprm-au.org/>

Autor: Hans Faber

Der Autor ist Praktikant bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Ouagadougou, Burkina Faso

Redaktion: Ralf Wittek, Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel Stiftung Westafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 08. Juli 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de